

16. Oktober 2012

Pressemitteilung

**Zentralrat Deutscher Sinti und Roma wendet sich gegen populistische Asylpolitik:
Gefahr der Beschädigung des Asylrechts und der Stigmatisierung von Minderheiten**

Mit Sorge sieht der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma den neuen Populismus im Bereich der Asylpolitik. Die Aussagen von Bundesinnenminister Friedrich oder Niedersachsens Innenminister Schünemann, in denen in Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Juli dieses Jahres zum Asylbewerberleistungsgesetz mehr oder minder explizit von „Asylmißbrauch“ die Rede ist, sind von Teilen der Öffentlichkeit und der Medien umgehend allein auf Roma aus Serbien und Mazedonien bezogen worden. Roma werden bereits jetzt in Serbien und in Mazedonien von Politikern und Medien zu Sündenböcken für Verzögerungen in den Beitrittsverhandlungen gemacht.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Asylbewerberleistungsgesetz habe sich auf Artikel 1 des Grundgesetzes bezogen, der den Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum als Menschenrecht garantiere. Dieses Grundrecht stehe deutschen und ausländischen Staatsbürgern gleichermaßen zu. Daß dieses Urteil, das sich an Humanität und Gleichbehandlung orientiert, jetzt benutzt wird, um Stimmung gegen asylsuchende Menschen zu machen, sei unverantwortlich und entbehre jeder Grundlage, so der Vorsitzende des Zentralrates, Romani Rose. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma sehe hier die Gefahr, daß dem Asylrecht an sich geschadet werde, indem die Stimmungsmache gegen Roma aus den Ländern Südosteuropas zu einem Wahlkampfthema gemacht werde. Auf diese Weise würden alle Angehörigen der Minderheit pauschal stigmatisiert. Dem Grundrecht auf politisches Asyl werde auch durch unverantwortliche Vorschläge geschadet, wie zum Beispiel die Prüfung von Asylanträgen Angehörigen der Bundespolizei zu übertragen, um binnen 48 Stunden über die Anträge entscheiden zu können, so Rose.

Strukturprogramme statt Schlagbäume

Unbestritten ist die desolate Lage großer Teile der Romabevölkerung in Mazedonien und Serbien. Dies gilt in gleicher Weise auch für eine Anzahl von Mitgliedsländern der Europäischen Union selbst. Über zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Ost- und Südosteuropa müsse ein nahezu vollständiges Versagen der jeweiligen nationalen Regierungen und auch der Europäischen Union konstatiert werden, erklärte Rose weiter. Große Teile der Romabevölkerung lebten heute unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen. Gelder der Europäischen Union, die für langfristige Infrastrukturprogramme zur Verfügung stünden, seien von den nationalen Regierungen aufgrund fehlenden politischen Willens nicht abgerufen worden, oder sie seien durch Korruption und Inkompetenz verschwunden, erklärte der Zentralratsvorsitzende.

/2

In den Beitrittsverhandlungen mit den neuen Mitgliedsstaaten ebenso wie jetzt mit Serbien und Mazedonien werde der tatsächlichen Verbesserung der Lebensverhältnisse der Roma kein hinreichender Stellenwert eingeräumt. Es sei richtig, daß die Probleme dieser Länder nicht in Deutschland gelöst werden können, und ebenso, daß das Asylrecht kein Instrument zur Lösung sozialer oder wirtschaftlicher Probleme sei. Allerdings müßten jetzt endlich die Lebensbedingungen von Roma in diesen Ländern verbessert werden durch Strukturprogramme, die die Wohn- und Arbeitssituation verbessern und die Voraussetzung sind für gleichberechtigten gesellschaftlichen Zugang der Minderheit. Hierzu gehörten vor allen Dingen Programme zur Verbesserung der Infrastruktur, Wohnbauprogramme, Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen zum Beispiel in Landwirtschaftsprojekten sowie der notwendige Zugang zu qualifizierter schulischer und beruflicher Bildung, so Rose. Hier sei die Bundesregierung aufgefordert, durch Partnerschaftsprogramme mit den jeweiligen Ländern und in der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union eine aktive Rolle zu übernehmen.

Herbert Heuss
Ltd. Wissenschaftlicher Mitarbeiter
herbert.heuss@sintiundroma.de